

## „Informationspakete“

- Ganz besonderer Dank an die vielen Leute die den Aktionstag vorbereitet haben und dadurch auch zwangsläufig viel Freizeit geopfert haben. Das ist in einer Zeit in der sich jeder selbst der Nächste ist schon lange nicht mehr selbstverständlich
- Ganz besonderer Dank auch an die Firmen Göbel Solar aus Merzenich, Umwelt Kontor aus Hückelhoven und an Fr. Nelsen vom Umweltamt der Stadt Kerpen, die trotz den Bemühungen des Kerpener Stadtdirektors und Manheimer Bürgers H.Wind, seinen Wohnort abbagern zu lassen, hier aktiv mitarbeitet.
- Zusammenschluß von BI's aus Arnoldsweiler, Merzenich, Morschenich, Manheim, Buir und Elsdorf.
- 400 Mitglieder
  - Evangelische Kirchengemeinde Düren.
  - Katholische Kirchengemeinde Buir, Manheim, Blatzheim
- **Folie Buir 2020 mit Auswirkungen.**
  - Sechsspurige Autobahn mit 90.000 Fahrzeugen/Tag.
  - Superschnellzüge
  - S-Bahn
  - Güterzüge
  - Hambach-Kohlebahn
  - Abraumbandanlage
  - Grubenrandstraße
  - 380kV Freileitungstrasse
  - Tagebau Hambach selbst.
- **Historie:**
  - 1974: Ölkrise und kommunale Neugliederung (Lich Steinstraß wurde Niederzier zugeschlagen, damit der Tagebau beginnen konnte)
- **Zwei Verfahren:**
  - Geplanter sechsspuriger Ausbau der A4. (17,8km, 121Mio.DM)
  - Fortführung des Tagebaus Hambach I.
- **Ziele der BI's: Folie zur geplanten A4 Verlegung.**

Auf die rote Fläche hinweisen.

  - Die Autobahn 4 soll da bleiben, wo sie ist !.
  - Die Autobahn 4 soll an der jetzigen Stelle sechsspurig ausgebaut werden.
  - Rücknahme der Tagebaugrenze um 300m im Bereich der A4.
  - Der Tagebau Hambach soll nach geltendem Umweltrecht geprüft werden.
  - Manheim und Morschenich sollen nicht abgebagert werden. Die Umsiedlung von 2500 Menschen wird überflüssig. Rheinbraun nennt das vorrübergehende Inanspruchnahme.
  - Ersatzanschlußstelle Sindorf.
  - Zusätzliche Anschlußstelle Merzenicher Heide. (kommt nicht; kein Geld)
- **In der von Rheinbraun finanzierten Umweltverträglichkeitsstudie wird der Ausbau auf sechs Spuren an der jetzigen Stelle nicht berücksichtigt.**

- **Hambach-Vertrag:**
  - Der Hambach-Vertrag von 1977 gibt nur einen groben Rahmen für den Braunkohleplan vor. (Verbindlichkeitserklärung nur drei Seiten lang)
  - Ob Manheim (Stadt Kerpen), oder Morschenich (Gemeinde Merzenich) abgebaggert werden, soll „zeitnah“ entschieden werden.
  - Sowohl in Merzenich als auch in Kerpen und Arnoldsweiler gibt es Rats- bzw. Bezirksausschußbeschlüsse die eine Verlegung der A4 ablehnen. Das ist deckungsgleich mit den „Ergänzungen der Landtagsfraktionen zum Hambach-Vertrag von 1977“.
  
- **Kohle reicht bis 2032. Falsche Grundannahmen.**
  - 240 Mio. t Kohle können in 24 Jahren Laufzeit eingespart werden. (Rechnung siehe weiter hinten)
  - Also 12 Jahre eingesparte Zeit.
  - Die Bagger stehen erst 2032 vor der A4
  - Höhere Energieproduktivität (Interview Antwerpes und RWE)
  
- **Klage beim Verwaltungsgericht Aachen wg. der unterlassenen Umweltverträglichkeitsprüfung beim zweiten Rahmenbetriebsplan des Tagebaus Hambach I von 1996-2020:**
  - Die Bürgerinitiativen und der BUND–NRW haben im Juli 1996 eine gemeinsame Klage bei dem Verwaltungsgericht Aachen eingereicht. Auch der Kölner RP H.Antwerpes äußerte sich bei der Sitzung des Braunkohlenausschuß am 07/März/97, in Frechen dazu. O-Ton: >> Die Entbehrlichkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung wird zur Zeit vom Bergamt Düren geprüft. Rheinbraun wolle nun in einer Begründung darlegen, daß die UVP für den neuen Tagebauabschnitt von 1995 bis 2020 im Kern entbehrlich sei. << Dies kann als Teilerfolg gewertet werden, denn die UVP ist nach geltendem Recht Pflicht. Rheinbraun hat um Fristverlängerung für die Stellungnahme gebeten und ist somit schon acht Monate damit beschäftigt eine plausible Erklärung dafür zu finden, warum der Tagebau nach veraltetem Bundesberggesetz von 1950 fortgeführt werden soll.
    - **UVP-Pflicht; BBergG1990; Antrag erst 1993.**  
**Aktueller Stand Oktober 1997:**
      - Klagebegründung des beklagten Bergamtes Düren liegt dem Verwaltungsgericht Aachen vor.
      - Rheinbraun, vertreten durch die Kanzlei Redeker (35 Anwälte), hat um Fristverlängerung bis zum 31.08.'97 gebeten. Taktik oder Unfähigkeit ?.
      - Rechtsanwältin Ursula Philipp aus Frankfurt fertigt nach dem Eingang der Rheinbraun-Stellungnahme eine Expertise für die BI's und den BUND-NRW an.
  
- **Die evangelische Gemeinde zu Düren, der Manheimer Stadtverordnete Josef Rambossek, der Merzenicher Gemeinderat Rainer Lensing und die Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4, haben eine gemeinsame Petition zur geplanten A4 Verlegung und zum Tagebau Hambach I an das europäische Parlament gerichtet.**
  - Der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses Dr. Wolfgang Ullmann MEP hat sich am 13.Juni.1997 vor Ort über die Problematik informiert.
  - Seit diesem Besuch ist ein reger Schriftverkehr in Sachen unterlassener UVP zwischen dem europäischen Petitionsauschuß und dem Umweltministerium NRW entstanden.

- **Ergänzungen durch Rheinbraun zu den Angaben zum Naturhaushalt zum Rahmenbetriebsplan vom 03/05/'93 für die Fortführung des Tagebaus Hambach von 1996 bis 2020.**
  - Der Betriebsplan für den Tagebau Hambach von 1996 bis 2020 wurde vom Bergamt Düren nicht sofort genehmigt. Wegen der vielen Einwendungen und Klagen hat das Bergamt eine „**Anordnung zum sofortigen Vollzug**“ erlassen. Rheinbraun versucht nun die gemachten Verfahrensfehler durch ergänzende Studien zu kompensieren. Die Landesnaturschutzverbände haben die mangelhaften Unterlagen der Rheinbraun untersucht und eine eigene Studie zum Tagebau Hambach eingereicht.
  - Erstellt von Fr. Schnell, Susanne Kaiser, H.Moll, Dr.Klunder, Martin Küpper, Dirk Jansen.
- **Einwendungen und Petitionen beim Land, Bund und auf europäischer Ebene zum Energiewirtschaftsgesetz und zum Bauantrag des neuen 950MW Blocks in Niederaußem.**
  - Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 soll laut RWE ausreichen, um das Kraftwerk zu genehmigen. Und genau das funktioniert nicht, denn RWE hat schon heute Kraftwerksüberkapazitäten von 10.000 MW. Das entspricht einem Überschuß von zehn neuen Kraftwerken der Niederaußemer Größenordnung und damit auch einem Überschuß mehreren Tagebauen der Hambacher Kategorie. Diese Überkapazitäten sind mit dem Energiewirtschaftsgesetz nicht vereinbar. Zudem kommt ab 1999 die EG-Überleitungsvorschrift zur Öffnung des europäischen Strommarktes zum Tragen, was sowieso das Aus für die unwirtschaftliche Braunkohleverstromung bedeutet.
  - Und genau deshalb forciert RWE auch eine schnelle Genehmigung des neuen Blocks K in Niederaußem, ohne zu verraten wo denn 2002 die 6 alten 150MW Blöcke stillgelegt werden.
- **Petition Land NRW:**

Die Kölner Bezirksregierung sollte die durch RWE/Energie beantragte Baugenehmigung des Kraftwerksneubaus in Bergheim-Niederaußem nicht erteilen.
- **Petition Bundestag:**

Der durch RWE/Energie beabsichtigte Kraftwerksneubau in Bergheim-Niederaußem ist mit den Zielen der Klimaschutz-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages unvereinbar.

  - Auf Empfehlung der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat sich die Bundesregierung bereits 1991 verpflichtet, die energiebedingten Emissionen des wichtigsten Treibhausgases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in Deutschland bis zum Jahr 2005 um mindestens 25% gegenüber dem Basisjahr 1987 zu verringern. Während der Rio-Nachfolgekonferenz in Berlin 1995, haben sowohl der Bundeskanzler, als auch die Umweltministerin diese Absicht noch einmal öffentlich bekräftigt und ihre Entschlossenheit damit auch in internationalem Rahmen bekräftigt. Hierbei hat der Kanzler das ursprünglich auf der Basis 1987 formulierte Ziel auf der Basis 1990 neu definiert und damit, bezogen auf 1987, auf 28,8% verschärft.

#### **Unterausschuß- und Arbeitskreis Hambach:**

- Der nicht öffentliche Arbeitskreis Verkehr hat seit 1,5 Jahren nicht mehr getagt.
- O-Ton Unterausschuß Hambach: Das Linienbestimmungsverfahren zur geplanten A4-Verlegung 'stockt' seit 1993.

- Abstimmverhalten der kommunalen Thekenpolitiker !
- **Wasserhaushalt:**
  - Verhältnis Abraum zu Kohle 8:1. 240Mio t Abraum (menschheitsgeschichtlich gewachsene Heimat) zu 30 Mio t Kohle pro Jahr.
  - Gesümpftes Grundwasser zu Kohle bei 14:1. 420Mio m<sup>3</sup> Grundwasser pro Jahr abgepumpt um 30 Mio t Kohle zu fördern.
  - 75Mio m<sup>3</sup> als Brauchwasser als Eigenbedarf. ... 3,00 DM/m<sup>3</sup> incl. Abwasser entspricht einer Wasserrechnung von 225Mio DM pro Jahr.
  - 450m tiefen Tagebau Hambach I. Sümpfungsanlage von 700m Tiefe.
  - Rheinbraun hält also doch noch am Abbau von Hambach II fest, denn nur für Hambach II macht die Tiefe des Sümpfungsbrunnens Sinn.
- **Erdgas als Zukunftsoption, um die Brücke zur Solarenergie zu bauen.**
- **Alternativszenarien:**
  - Die geplanten Kraftwerkskapazitäten sollten kurzfristig durch dezentrale Gaskraftwerke in Ballungszentren incl. Auskopplung der Prozeßwärme in Fernwärmenetze ersetzt werden. In schwach besiedelten Gebieten sollten verstärkt Blockheizkraftwerke zum Einsatz kommen.
  - Langfristige sollten die Kraftwerkskapazitäten durch erneuerbare Energien (Photovoltaik, Solarthermie, Wind, Wasser, Biomasse) substituiert werden. Bei der Langfriststrategie ist darauf zu achten, daß BHKW's und Solaranlagen einander ausschließen.

Unsere Zukunft bestimmen wir selbst ...

- **„Zeit nach der Braunkohle“ - Gas setzt Kohle unter Druck:**
  - Verschärfter Kostendruck des europäischen Strommarktes
  - RWE-Übernahme der Thyssen-Gas-Anteilen (50%)
  - Planung effizienter Gaskraftwerke bei BASF Ludwigshafen, BAYER Dormagen und BAYER Leverkusen
  - **Vorteile:**
    - Sie kosten nur etwa die Hälfte eines Braunkohlekraftwerks. 1000 DM pro kW und die für Braunkohlekraftwerke 2600 DM pro kW installierter Leistung
    - Die Bauzeit ist erheblich kürzer: ein Jahr statt drei Jahre.
    - Der Wirkungsgrad liegt schon jetzt über 50%.
    - Die Emission des Klimakillers CO<sub>2</sub> ist um etwa 50% geringer.

#### **Klimaschutzziele der Bundesregierung:**

- Ziel: Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25% bis 2005, bezogen auf 1987,
- Kann mit dem geplanten 950MW-Block in Niederaußem nicht erreicht werden.
- Beim 20Mrd. DM Investitionsprogramm des RWE wird dieser Wert erst 2030 erreicht.

- Das Kraftwerks Modernisierungs Programm trägt absolut gesehen nicht zur Minderung der CO<sub>2</sub> -Emissionen bei, da die zu verstromende Menge an Kohle konstant bleiben soll.
  - Die Ziele der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ werden aber nur unter Berücksichtigung der rückläufigen Stromnachfrage und daraus folgend, durch das Zurückfahren der Tagebaue erreicht.
  - Bei der Verbrennung von Erdgas werden, bezogen auf den gleichen Energiegehalt, etwa 50% weniger CO<sub>2</sub> produziert.
- **Bau der Wingas-Pipeline von Rußland nach England.**
    - Pendelleitung: 3Mrd. m<sup>3</sup>/a aus England
    - Wedal-Leitung der Wingas tangiert das Niederaußemer Kraftwerksgelände um wenige hundert Meter.
    - Wedal und Niederaußem sollen zeitgleich 2002 fertig sein.
    - Bau eines 950MW Gaskraftwerkes, statt eines Kohlekraftwerkes.
    - Nur so kann die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung konsequent verfolgt werden.
- **Prognos Studie:**
    - Wird meist falsch interpretiert. Vielmehr ist der Stromsteigerungsindex rückläufig.
    - Kraftwerks Gesamtreserve des RWE 5000MW. D.h. von den 9000MW installierter Leistung der fünf rheinischen Braunkohlekraftwerke werden nur weniger als die Hälfte benötigt. (Quelle: RWE, Ein Riese mit Ausstrahlung, S.28, 29).
- **Falsche Aussagen der Bezirksregierung:**
    - Die Förderung aus dem Tagebau Hambach beträgt nicht 40 bzw. 50Mio Jahrestonnen, sondern nur 30Mio Tonnen.
    - Die beim Braunkohleausschuß, am 25/04/'94 geforderte schnelle Verlegung der A4 basiert auf den Äußerungen des Herrn Stump, der sich aber diesbezüglich bereits am 05/10/'94 korrigierte, da diese Forderung im Kommunalwahlkampf nicht durchsetzbar war.
    - Es gibt keine schriftliche Stellungnahme des Bundes- oder des Landesverkehrsministeriums, wonach die Freigabe des Standstreifens der A4 ausgeschlossen ist. Vielmehr verweist die Bezirksregierung selbst auf den Modellcharakter des Teilstücks der A4 zwischen Merheim und Refrath. Dieser Plan sei ausdrücklich auch auf andere Teilabschnitte zu übertragen.
- **Refrather A4-Modell:**
    - Meßlatte je nach Belieben angesetzt.
    - Bei der A4 zwischen Merheim und Refrath wird die Standspur auf Initiative von Antwerpes als Fahrspur freigegeben.
    - Auch zwischen Düren und Kerpen ist das sinnvoll, da so Millionen Steuermittel gepart werden können.
    - Laut Bezirksregierung ist das Refrather Modell auch auf andere Autobahnabschnitte übertragbar !!.
- **Kuhhandel Garzweiler / Hambach / Niederaußem:**
    - 1/3 Garzweiler, 100% Hambach, internes grünes Positionspapier sorgt für Disharmonien zwischen den Grünen und dem BUND. „Wer mit dem Feuer spielt!“.

- Spätestens seit der Zustimmung zum Kraftwerk Niederaußem sind auch die Grünen Bestandteil des Braunkohleklüngels, den sie zu bekämpfen vorgeben.
- Grüne nähern sich Greenpeace an, um Garzweiler ohne den BUND zu thematisieren.
  - Greenpeace:
    - Hambach Transparente am Bagger '91
    - Frimmersdorfer Kraftwerksschornstein '95
    - Griefhahn SPD, offener Brief '94
- WDR: Schumi's Dorf stirbt, RB kauft Kartbahn, Naturschutzgebiet
- Indoor-Kartbahn als Ausgleich ?.
- Verkauf des Manheimer Hallenbades an RB
- Landtausch Türnich III >>Landwirte an Rheinbraun verkauft<<
- Grünvernetzungsplan Manheim >>Unser Dorf soll schöner werden<<



- **Die Bagger stehen erst 2032 vor der A4 !**

### Rechnerische Zusammenfassung:

(Quelle: Sendemanuskript - Hörfunk WDR5, Forum West, „Neues Braunkohle-Verfahren soll Millionen von Tonnen einsparen“ mit dem Kölner RP H.Antwerpes und Rheinbraun, vom 03/01/'96)

#### **Ist-Situation:**

$\eta_{\text{kraftwerk}} \approx 35\%$  ; Fördervolumen = 88 Millionen Tonnen pro Jahr  
 3 Tagebaue mit  $\sum_{\text{gesamt}} = 88 \text{ Mio.t/a} \Rightarrow \approx 30 \text{ Mio.t/a}$  für Hambach  
 2020 -1996 = 24Jahre Laufzeit für Hambach  
 $24a \times 30 \text{ Mio.t/a} = 720 \text{ Mio.t}$  Fördervolumen für Hambach bis 2020

#### **Soll-Situation:**

$\eta_{\text{kraftwerk}} \approx 45\%$  ; Fördervolumen = 60 Millionen Tonnen pro Jahr  
 3 Tagebaue mit  $\sum_{\text{gesamt}} = 60 \text{ Mio.t/a} \Rightarrow 20 \text{ Mio.t/a}$  für Hambach  
 2020 -1996 = 24Jahre Laufzeit für Hambach  
 $24a \times 20 \text{ Mio.t/a} = 480 \text{ Mio.t}$  Fördervolumen für Hambach bis 2020

#### **„Eingesparte Braunkohle“:**

$\Delta_{\text{Ist-Soll}} = 720 \text{ Mio.t} - 480 \text{ Mio.t} = 240 \text{ Mio.t}$

#### **Zeitpunkt wann die Bagger vor der A4 stehen:**

$240 \text{ Mio.t} / 20 \text{ Mio.t/a} = 12 \text{ Jahre}$   
 2020 Laufzeit für Hambach + 12 Jahre „eingesparte Zeit“ = 2032

- **Wasserhaushalt:**

- Beim Tagebau Hambach I beträgt das Verhältnis Abraum zu Kohle 8:1. Es müssen also acht Tonnen Abraum bewegt werden um eine Tonne Kohle zu gewinnen, oder absolut gesehen 240Mio t zu 30 Mio t pro Jahr.
- Beim abgepumpten Grundwasser sieht die Bilanz noch katastrophaler aus. Hier liegt das Verhältnis von gesümpftem Grundwasser zu Kohle bei 14:1. Im Bereich des Tagebaus Hambach I werden bis zu 420Mio m<sup>3</sup> Grundwasser pro Jahr abgepumpt um 30 Mio t Kohle zu fördern. /1/
- Davon werden mindestens 75Mio m<sup>3</sup> als Brauchwasser, zum Eigenbedarf, zur Kohleveredelung und zur Kraftwerkskühlung eingesetzt.
- Rheinbraun sollte zumindest für diese 75Mio m<sup>3</sup> Brauchwasser genauso bezahlen wie jeder andere Kunde auch.
- Ausgehend von einem mittleren Preis von 1,80 DM/m<sup>3</sup> drückt sich

Rheinbraun also um eine Wasserrechnung von 135Mio DM pro Jahr.

- Um den 450m tiefen Tagebau Hambach I trocken zu halten ist jedoch keine Sumpfungsanlage erforderlich, die bis in Tiefen von 700m Grundwasser abpumpen kann. Rheinbraun hält also doch noch am Abbau von Hambach II fest, denn nur für Hambach II macht die Tiefe des Sumpfungsbrunnens Sinn.
- Offen ist auch die Frage nach der Lieferung von Ausgleichswasser nach dem möglichen Abbaggern des Hambacher Forstes. Die für mindestens 500 Jahre totgesümpften Grundwasservorräte müssen dann von den Kommunen, also vom Steuerzahler, durch Wasserlieferungen aus anderen Regionen gesichert werden.